



Die Grünen im Gemeinderat | Rehlingstr. 16a | 79100 Freiburg

Herrn  
Oberbürgermeister Martin Horn

per mail an [rsk-ratsbuero@stadt.freiburg.de](mailto:rsk-ratsbuero@stadt.freiburg.de)

Freiburg, 30.04.2025

## ***Antrag nach §34 GemO: Förderung des interreligiösen Zusammenlebens in Freiburg***

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadt Freiburg zeichnet sich durch eine langjährige und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den verschiedenen religiösen Gruppen in unserer Stadt aus. Diese Zusammenarbeit ist ein wichtiger Bestandteil unseres sozialen Zusammenhalts und trägt dazu bei, die Vielfalt und den Respekt zwischen den unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften zu fördern. Wir möchten diese positive Entwicklung ausdrücklich loben und anerkennen. Jedoch fällt auf, dass der direkte Austausch zwischen den einzelnen religiösen Gruppen untereinander noch schwach ausgeprägt ist.

**Die unterzeichnenden Fraktionen beantragen, dass die Verwaltung darlegt, welche Maßnahmen und Formate ins Leben gerufen werden können und welche Drittmittel (EU, Bund, Land, Stiftungen) eingeworben werden können, um die interreligiöse Verständigung zwischen den verschiedenen religiösen Gruppen in Freiburg zu stärken – sei es im kulturellen oder sportlichen Bereich oder ganz klassisch beim “Interreligiösen Dialog”.**

### **Begründung**

Insbesondere in Zeiten, in denen gesellschaftliche Spannungen zunehmen, sind der interreligiöse Austausch und die Vernetzung von zentraler Bedeutung, um gegenseitiges Verständnis und

Vertrauen aufzubauen. Es erscheint daher notwendig, Formate zu schaffen, die den Austausch zwischen den Glaubensgemeinschaften gezielt fördern.

In anderen Städten hat sich beispielsweise die Einrichtung von "Räten der Religionen" bewährt, in denen Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Glaubensrichtungen regelmäßig zusammenkommen, um gemeinsam gesellschaftliche Herausforderungen zu diskutieren und Lösungsansätze zu erarbeiten. Solche Gremien könnten auch für Freiburg ein richtungsweisendes Format darstellen. Gleichzeitig ist zu bedenken, dass „Räte der Religionen“ in anderen Städten durch den Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und darauf folgend durch die Kriegsführung in Gaza der in Teilen rechtsextremen israelischen Regierung ebenfalls stark belastet waren. Daher sollte die Verwaltung nicht nur auf bestehende Modelle zurückgreifen, sondern auch alternative Wege aufzeigen, wie Impulse für den interreligiösen Dialog gesetzt werden können – ohne dass die Stadt allein die Federführung übernehmen muss. Ziel muss es sein, die jungen Menschen in den Gemeinden zu erreichen und miteinander zu verbinden.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Karim Saleh,

Passar Bamerni,

**Bündnis 90/ Die GRÜNEN**

Dr. Klaus Schüle,

Katrin Kern

Bernhard Schätzle

**CDU**

Emriye Gül

Anne Reyers

**ESFA**